

L 21

Hochstufung der Verkehrsverbindung zum Überseehafen

**Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Thorsten Raschen, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 25. November 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Hemmnisse sieht der Senat Bovenschulte derzeit bei der von Bremerhaven gewünschten Hochstufung der nördlichen Verbindung von der Bundesautobahn zum stadtbremischen Überseehafen über Cherbourger Straße/Hafentunnel/Cherbourger Straße/Wurster Straße zur Bundesstraße?
2. Mit welchem Zeitplan und welchen konkreten Schritten wird der Senat Bovenschulte den Bremerhavener Wunsch zur Hochstufung verfolgen?
3. Welches Datum strebt der Senat Bovenschulte für die Antragstellung zur Hochstufung an?

Vorbemerkung

Über die Hochstufung einer Straße zur Bundesstraße entscheidet nach §2 Absatz 6 Bundesfernstraßengesetz das Fernstraßen-Bundesamt, soweit dem Bund die Verwaltung der Bundesfernstraße zusteht. Die Cherbourger Straße, die Wurster Straße und der Hafentunnel sind kommunale Straßen in Bremerhaven. Für deren Hochstufung ist die Obere Landesstraßenbaubehörde in Bremen - angesiedelt beim Amt für Straßen und Verkehr - zuständig. Für die Hochstufung ist ein Antrag auf Erteilung des Einverständnisses durch die zuständige Behörde an das Fernstraßen-Bundesamt zu stellen.

Vor diesem Hintergrund werden die Fragen wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Gemäß oben beschriebenen Verfahren werden derzeit keine grundsätzlichen Hemmnisse gesehen. Eine konkretere Beurteilung ist erst nach Vorlage des Antrages aus Bremerhaven möglich.

Zu Frage 2:

Derzeit werden die Unterlagen für die Einholung des Einverständnisses des Fernstraßen-Bundesamtes durch den Magistrat der Seestadt Bremerhaven zusammengestellt. Die Obere Landesstraßenbaubehörde wird nach Erhalt der Unterlagen diese prüfen und beim Fernstraßen-Bundesamt einreichen. Der Vorgang wird durch die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung eng begleitet.

Zu Frage 3:

Aufgrund des frühen Verfahrensstandes sind hierzu derzeit keine Aussagen möglich.